

Anlage 3 - Antrag auf Befreiung gemäß § 67 BNatSchG und § 39 SächsNatSchG

Antrag auf Befreiung von den Verboten des Naturparkes

1 BESCHREIBUNG DER WESENTLICHEN MERKMALE DES SCHUTZGEBIETES UND DER DURCH DIE GEPLANTEN MAßNAHMEN VERURSACHTEN BEEINTRÄCHTIGUNGEN DES SELBEN

Die geplante Maßnahme „Umsetzung des Neubaus einer kuppelbaren 8-er Sesselbahn am Kleinen Fichtelberg“ befindet sich innerhalb des Naturparkes „Erzgebirge / Vogtland“.

Der Naturpark ist durch die Verordnung vom 9. Mai 1996 rechtlich gesichert.

Handlungen, die nicht nach § 8 Naturparkverordnung verboten sind, aber Einfluss auf den Charakter des Gebietes und die Verwirklichung des Schutzzweckes haben können, bedürfen der schriftlichen Erlaubnis.

Grundlegend stellen die geplanten Maßnahmen anfangen bei der Waldumwandlung bis hin zur baulichen Umsetzung des Liftes einschließlich der Infrastruktur erlaubnisrelevante Handlungen dar.

Vorab ist aber auszuschließen, dass es sich bei den geplanten Vorhaben, um Vorhaben handelt, die Verbote auslösen können.

Dem § 8 der Naturparkverordnung ist hier zu folgendes zu entnehmen:

In den Schutzzonen I und II sind alle Handlungen verboten, die erheblich oder nachhaltig den Charakter des Gebietes nachteilig verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere wenn durch sie

- 1. der Naturhaushalt geschädigt,*
- 2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter gestört,*
- 3. das Landschaftsbild nachteilig verändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder*
- 4. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.*

Entsprechend der Abbildung 1 wird im Rahmen der Umsetzung des Neubaus einer kuppelbaren 8-er Sesselbahn am Kleinen Fichtelberg in die Schutzzone II sowie in die Entwicklungszone des Naturparkes eingegriffen. Von besonderer Relevanz sind ebenfalls der geplante Rückbau des Großen Sesselliftes und die Nutzungsaufgabe der Pisten 6 und 7, sowie der Rückbau des Nachtskilaufes und des unteren Teils des Kurvenliftes. Durch die geplanten Rückbauarbeiten werden ehemals anlagenbesetzte und durch wintersportliche Nutzung gekennzeichnete Flächen wieder frei. Was eine wesentliche Aufwertung für den Naturpark darstellt.

Das Gebiet vor der Umsetzung der Maßnahmen sowie nach der Umsetzung der Maßnahmen ist ebenfalls in der Abbildung 1 vergleichend dargestellt.

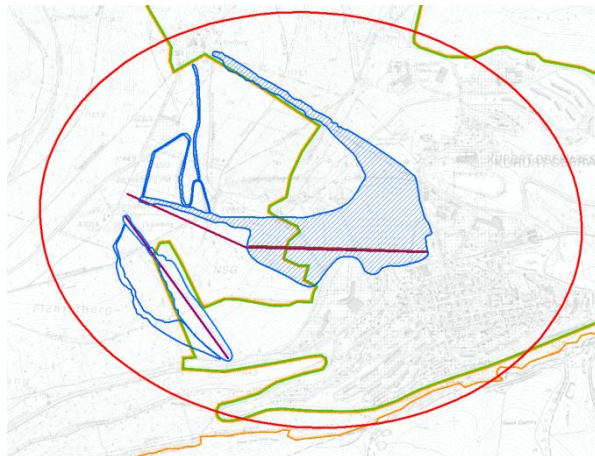
Trotz der vorrangig positiven Wirkung des Projektes auf den Naturpark vor allem durch den geplanten Anlagenrückbau entstehen durch den Bau der 8er Sesselbahn und durch die damit verbundene Waldumwandlung Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes in Form von Eingriffen in den Boden, in die vorhandenen wertvollen Vegetations- und Habitatstrukturen und damit auch in die Lebensstätten schützenswerter Arten. Eine erhebliche und nachhaltige Schädigung ist zwar auszuschließen, dennoch kommt es zur bau- und betriebsseitigen Störungen der Naturgüter.

Eine nachteilige Veränderung des Landschaftsbildes oder der natürlichen Eigenart der Landschaft kann ebenfalls ausgeschlossen werden, da für den überwiegenden Anteil der

beanspruchten Fläche bereits eine wintersportliche Nutzung in Form von Pistenflächen mit entsprechenden Anlagen besteht.

Der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft wird nur baubedingt beeinträchtigt. Nach Umsetzung der Maßnahmen sind die in Anspruch genommenen Flächen und die charakteristischen Strukturen wieder frei zugänglich.

Gebiet vor Umsetzung



Naturpark – Schutzzone II

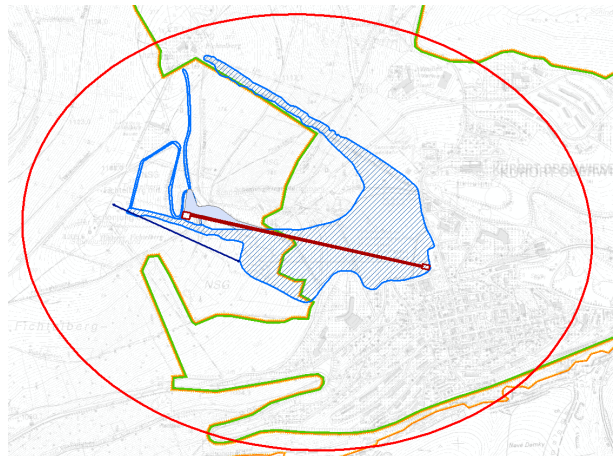


Naturpark
Entwicklungszone



Bestandspisten

Gebiet nach Umsetzung



— Kurvenlift (Erhalt)

— Bestandsanlagen

— 8er Sesselbahn

Abbildung 1 Naturpark Erzgebirge / Vogtland Vergleich Bestand und Planung¹

2 FAZIT

Da das Vorhaben aufgrund seiner oben beschriebenen Ausprägung und vor allem durch die entstehenden Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes die Verbote des § 8 der Naturparkverordnung berührt ist eine Befreiung nach § 11 Naturparkverordnung zu beantragen.

3 BEGRÜNDUNG DER ERFORDERNIS EINER BEFREIUNG

Gemäß der Naturparkverordnung kann eine Befreiung gewährt werden, wenn gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 2. *überwiegende Gründe des Gemeinwohls die Befreiung erfordern.*

Die Modernisierung des Gebietes stellt einen solchen Grund dar, da eben diese eine Grundvoraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit des Ortes mit anderen Skigebieten in den Mittelgebirgen aber auch mit den Alpen ist.

Bereits im Flächennutzungsplan und dem integrierten Stadtentwicklungskonzept vom 2012 wurde die Modernisierung festgeschrieben und umfänglich darstellt.

Die Umsetzung des Neubaus einer kuppelbaren 8-er Sesselbahn am Kleinen Fichtelberg ist ein wesentliches Teilprojekt aus insgesamt 4 Projekten, die in Oberwiesenthal in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen, um den Standort auch zukünftig als Wintersportgebiet zu sichern.

¹ <https://www.smul.sachsen.de/sbs/6539.htm>; Datendownload vom 08.08.2016: Waldfunktionen in Sachsen (WMS 1.3.0)

Der Kurort Oberwiesenthal ist ein Tourismusstandort der seine größten Gewinne aus dem Wintersporttourismus generiert. Als einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der Region ist es daher entscheidend auf die Bedürfnisse der Kunden einzugehen und damit Anlagen bereitzustellen, die modernen Komfort- und Sicherheitsansprüchen genügen.

Des Weiteren ergeben sich bei Umsetzung positive Effekt für Handels- und Dienstleistungsgewerbe in Oberwiesenthal selbst aber auch für die Umgebung, da nicht nur die Anlagen an sich genutzt werden sondern beispielweise auch Hotels und Restaurants.

Diese sind im Umkehrschluss für die Region und vor allem für die Staat Oberwiesenthal wichtig, da durch diese Einrichtungen Gewerbesteuern generiert werden.

Ein Verzicht auf die Modernisierung würde zwar nicht Zwangsläufig zu einem Absterben des Handels- und Dienstleistungsgewerbe in Oberwiesenthal führen. Die Einbußen wären aber dennoch deutlich spürbar. Dies kann dazu beitragen, dass das Handels- und Dienstleistungsgewerbe in Oberwiesenthal abnimmt. Diese Abnahme bedingt gleichermaßen eine Reduzierung der Gewerbesteuer für die Stadt. Was sich letztlich negativ auf den gesamten Verwaltungsbereich auswirken kann.

Ein Verzicht auf die Modernisierung würde die Attraktivität des Gebietes dauerhaft schädigen und neben Umsatzeinbußen auch zur Abwanderung führen.

Damit stellt die geplante Modernisierung eindeutig ein überwiegend öffentliches Interesse dar, da nicht nur positive Effekte für Einzelpersonen generiert werden, sondern für die gesamte Region und die unterschiedlichen Akteure dieser Region.

Die Voraussetzung des § 11 (1) Nr. 2 sind damit erfüllt.

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die durch das Vorhaben entstehenden Beeinträchtigungen durch verschiedene Minimierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der Kompensation und Schadensbegrenzung minimiert, kompensiert und begrenzt werden. Diese Maßnahmen sind umfänglich in der Anlage 1 darstellt und können dort nachgelesen werden. Auf eine nochmalige Darstellung wird daher verzichtet.

Da die Voraussetzungen des §11 (1) Nr. 2 erfüllt sind und die entstehenden Beeinträchtigungen durch benannte Maßnahmen minimiert, kompensiert und begrenzt werden, wird hiermit der Antrag auf Befreiung gemäß § 67 Satz 1 BNatSchG und § 39 SächsNatSchG gestellt.